für die Ortsgemeinde Pohl

AZ: GB 3

21 DS 17/ 0006

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Pohl	öffentlich	

Widmung eines Teilbereichs von der Kirchstraße (Ortsdurchfahrt der K 49) abzweigender Wegeparzellen für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz (LStrG)**Sachverhalt:**

Eingangs wird auf die Beachtung evtl. vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers, der Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen ggf. vorliegende Ausschließungsgründe mitzuteilen, hingewiesen.

Von der Hauptachse der Kirchstraße (Ortsdurchfahrt der K 49) zweigt eine aus mehreren Flurstücken bestehende gepflasterte und teilweise asphaltierte Wegeparzelle ab, die u.a. der verkehrsmäßigen Erschließung der bebauten Anliegergrundstücke Kirchstraße 10, 10 a und 10 b dient. Diese Wegeparzelle trägt in der Hauptsache im Liegenschaftskataster und im Grundbuch die Lagebezeichnung „An der Bäderstraße“, erfasst aber auch einen kleinen Teilbereich des sog. Kirchweges. Die vorgenannte Wegeparzelle verläuft ab dem Einmündungsbereich in die Kirchstraße in Richtung der B 260. Sie liegt nicht innerhalb des Geltungsbereich eines Bebauungsplans, jedoch bis zum Ende der an ihr liegenden Bebauung noch innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Ortsgemeinde Pohl. In dem dieser Beschlussvorlage beigefügten katasteramtlichen Lageplan ist der betroffene Bereich bis zum Grundstück mit dem Anwesen Kirchstr. 10 a farblich dargestellt.

Die vorgenannte Wegeparzelle wird offensichtlich schon Jahren tatsächlich für den öffentlichen Verkehr genutzt und dient im Wesentlichen der verkehrsmäßigen Erschließung der an der Wegeparzelle liegenden bebauten Anliegergrundstücke. Eine förmliche Widmung für den öffentlichen Verkehr, die den Anforderungen des Straßenrechts genügt, ist nach der Aktenlage und den Erkenntnissen der Verwaltung jedoch nicht nachweisbar. Seit dem Inkrafttreten des Landesstraßengesetzes (LStrG) im April 1963 ist eine Widmung durch schlüssiges Verhalten nicht mehr möglich, sondern eine Widmung erfordert die Einhaltung bestimmter gesetzlicher Voraussetzungen. Diese sind in § 36 LStrG im Einzelnen geregelt. Die Tatsache, dass eine Straße schon seit Jahren tatsächlich durch den öffentlichen Verkehr nutzbar ist und genutzt wird, reicht für eine straßenrechtliche Widmung nicht aus. Diese tatsächliche öffentliche Nutzung führt lediglich dazu, dass es sich um eine öffentliche Straße im Sinne des Straßenverkehrsrechts (StVO) handelt, auf welche die Vorschriften des Straßenverkehrsrechts Anwendung finden. Unter anderem für eine ordnungsgemäße öffentlich-rechtliche Sicherung der Erschließung der bebauten Anliegergrundstücke ist aber erforderlich, dass diese an einer öffentlichen Straße liegen.

Hinsichtlich der mit einer Widmung verbundenen rechtlichen Folgen und der Bedeutung der Widmung wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Ausführungen in früheren

Beschlussvorlagen zur Widmung von Straßen verwiesen. Neben der Begründung der Baulastträgerschaft der Ortsgemeinde wird damit auch die Erschließung der an ihr liegenden Grundstücke öffentlich-rechtlich sichergestellt und die Vorschriften des Landesstraßengesetzes sind anzuwenden.

Die Widmung zur öffentlichen Straße setzt neben einem Beschluss des Ortsgemeinderates den Erlass einer Widmungsverfügung (Allgemeinverfügung) voraus, die öffentlich bekanntzumachen ist. Erst hierdurch erlangt eine Widmung ihre rechtliche Wirksamkeit.

Die Verwaltung empfiehlt von daher, aus Gründen der Rechtssicherheit die Widmung der von der Kirchstraße abzweigenden Wegeparzellen entsprechend den rechtlichen Anforderungen nachzuholen.

Der Inhalt der Widmung wurde intern mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt. Sie erfolgt für den Kraftfahrzeugverkehr nur mit Einschränkungen.

Beschlussvorschlag:

Die von der Kirchstraße abzweigende Wegeparzelle mit der Lagebezeichnung „An der Bäderstraße“ in Pohl (Parzellen Flur 1, Flurstücke 135/5, 143/3, 143/4 teilweise, 144 teilweise) und der Einmündungsbereich der Wegeparzelle „Kirchweg“ (Flur 3, Flurstücke 4 teilweise, 50 teilweise) wird gemäß § 36 Landesstraßengesetz (LStrG) als Gemeindestraße (§ 3 Nr. 3 a LStrG) dem öffentlichen Verkehr mit nachfolgenden Einschränkungen für den Kraftfahrzeugverkehr gewidmet:

Nur für den Anliegerverkehr zum Erreichen der Anliegergrundstücke, Fahrzeuge zur Versorgung der Anliegergrundstücke und Fahrzeuge öffentlicher Einrichtungen (z.B. Unterhaltungs- und Reinigungsfahrzeuge, Krankenfahrzeuge und Feuerwehr).

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister